Gemeinde Löchgau

Satzung über die Benutzung von Obdachlosen – und Flüchtlingsunterkünften

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie §§ 2 und 13 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Löchgau am 20.11.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften

§ 13 Gebührenmaßstab und Gebührenhöhe

Absatz 3 wird mit folgendem Wortlaut neu eingefügt:

Nr. 1:

Die Benutzungsgebühr beträgt in der Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkunft ohne Nebenkosten:

	Unterkunftsart	Monat
1.1	Unterkünfte mit Wohnheimcharakter	9,91 €/m²
1.2	Unterkünfte ohne Wohnheimcharakter	10,78 €/m²

Für die überdurchschnittliche Abnutzung der Unterkünfte mit und ohne Wohnheimcharakter wird die Benutzungsgebühr mit Faktor 1,2 berechnet.

Nr. 2:

Die einzelnen Unterkünfte werden wie folgt eingeordnet:

1.1 – Unterkünfte mit Wohnheimcharakter:

Besigheimer Straße 47	Bietigheimer Straße 1	Kelterstraße 32
Rosenstraße 14	Schulstraße 18	Weinstraße 6
Wette 12	Wette 14	

1.2 – Unterkünfte ohne Wohnheimcharakter:

Beethovenstraße 2	Besigheimer Straße 32	Besigheimer Straße 41
Birkenweg 21	Eberhardstraße 9	Erligheimer Str. 11/2
Hauptstraße 54/1	Löfflerstraße 13	Schubertstraße 6

Nr. 3:

Die Höhe der Benutzungsgebühr für die Unterkünfte je m² Wohnfläche richtet sich nach der Ausstattung der eingewiesenen Unterkünfte:

- 1.1 Unterkünfte mit Wohnheimcharakter (mit Gemeinschaftseinrichtungen wie Küche, Dusche, WC, Waschraum)
- 1.2 Unterkünfte ohne Wohnheimcharakter:(ohne Gemeinschaftseinrichtungen)

Absatz 6 wird mit folgendem Wortlaut neu eingefügt:

Bei selbstverschuldetem Verlust eines Schlüssels wird eine Pauschale von 40 € für den Ersatz dessen erhoben.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Löchgau, den 20.11.2025

Bürgermeisteramt

Ausgefertigt!

Feil, Robert

Bürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs.4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.